

Burma

Die Wende wäre undenkbar ohne Aung San Suu Kyi

Mit unglaublichem Tempo bricht Burma mit der Vergangenheit. Nach sechzig Jahren brutaler Herrschaft scheint den Generälen, die ihre Uniform gegen den Wickelrock eingetauscht haben, die Demokratie nicht schnell genug kommen zu können. Sicher ist es noch zu früh, schon das Ende der Diktatur zu feiern. Zudem bleiben die Beweggründe der Militärs, die wohl kaum über Nacht von Tyrannen zu Demokraten geworden sind, unklar. Aber Burma bewegt sich in die richtige Richtung und hat gute Chancen, ans Ziel zu gelangen. Wie ist dieser Wandel im südostasiatischen Land möglich geworden? Offenkundig ist Präsident Thein Sein zur Einsicht gelangt, dass es nicht weitergehen kann wie bisher. Das Land könnte die internationalen Sanktionen nicht loswerden und sich wirtschaftlich nicht erholen, die Abhängigkeit von China würde zunehmen, ein Umsturz wäre denkbar. Eine wichtige Rolle hat aber auch die Hartnäckigkeit der Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi gespielt. Sie war bereit, für ein demokratisches Burma Jahre im Hausarrest zu verbringen. Dabei hat sie sich weder brechen noch verbittern lassen. Das erlaubt ihr jetzt, das Wagnis einzugehen, der Gegenseite die Hand zur Versöhnung zu reichen. Dafür gebührt der zierlichen 66-Jährigen hohe Achtung. Nur wenige Friedensnobelpreisträger verdienen ihren Preis auch nach Jahren noch. Aung San Suu Kyi gehört ohne Zweifel zu ihnen. Sie erinnert immer stärker an Nelson Mandela, der auch mit hohem persönlichem Einsatz und Versöhnungsbereitschaft das Regime der Rassentrennung in Südafrika zu Fall brachte. (vmt.)

Standortförderung

Staatliche Geschenke helfen der Wirtschaft nicht

Als «historisches Ereignis» hat einer der obersten Gewerkschafter diese Woche den Erhalt des Novartis-Werks in Nyon bezeichnet. Dass die Syndikalisten den Entscheid von Novartis als Erfolg ihrer Kampfmassnahmen verbucht sehen wollen, ist klar. In Tat und Wahrheit freilich wurde die Kehrtwende des Pharma-Multis vor allem mit einem Steuererlass durch die Waadtländer Regierung erkaufte. Das müsste nicht nur den Gewerkschaften, die sonst immer gegen Steuersenkungen kämpfen, zu denken geben. Auch liberale Kräfte haben allen Grund, den Deal zu hinterfragen. Eine freiheitliche Wirtschaftsordnung kann nur dann funktionieren, wenn alle mit gleich langen Spiessen antreten. Steuergeschenke an einzelne Firmen sind nicht nur ungerecht und wettbewerbsverzerrend, sie reduzieren zudem den Spielraum, die Steuern für alle zu senken. Der Staat hat nicht die Aufgabe, mit indirekten Beihilfen das Fortbestehen einzelner Fabriken sicherzustellen. Er hat dafür zu sorgen, dass die Rahmenbedingungen für alle verbessert werden. Dazu gehören nicht nur tiefe Steuern, sondern auch erträgliche Energiepreise, ein flexibler Arbeitsmarkt und minimale Bürokratie. Wer wie die Waadtländer Regierung glaubt, mit Geschenken den Strukturwandel aufhalten zu können, der erweist dem Industriestandort Schweiz einen Bärendienst. A la longue ist staatliche Industrieförderung noch immer gescheitert. Nicht nur für die 320 Mitarbeiter des Werkes in Nyon, denen man den vorläufigen Erhalt ihrer Arbeitsplätze gönnt, könnte sich das «historische Ereignis» bald als Pyrrhus-Sieg erweisen. (pho.)

Autobahnvignette

Schafft den Kleber ab!

Die Autobahnvignette ist ein Instrument aus der fiskalischen Steinzeit. Erfunden wurde sie letztlich, um Ausländern für ihre Fahrt durch die Schweiz einen Obolus abzuknöpfen. Heute kostet der Kleber 40 Franken. Nun will der Bundesrat den Preis um 150 Prozent anheben. Das ist ein phantasieloser Vorschlag. Denn die Vignette ist wenig effizient: Die Administration verschlingt zehn Prozent der Einnahmen, und die Betrugsquote liegt nach Schätzung des Bundes bei zehn Prozent. Zudem ist das grobschlächtige Instrument ungerecht. Ob jemand einen Tag die Autobahn nutzt oder 365 Tage, ob er 10 oder 10 000 Kilometer fährt, spielt keine Rolle. Mit der geplanten Einführung einer Zweimonatsvignette gibt der Bund dies indirekt selbst zu. Er will so offenbar Protesten aus dem Ausland zuvorkommen. Im Zeitalter des Verursacherprinzips wäre es sinnvoller, den Kleber durch intelligentere Methoden zu ersetzen: etwa durch Road-Pricing. (fem.)

Chappatte



Schiffsunglück in Italien.

Der externe Standpunkt

Der Verzicht auf Atomstrom schafft neue Konflikte

Für den Ausstieg aus der Kernenergie braucht es erneuerbare Energien; doch oft geht das auf Kosten anderer Anliegen des Umweltschutzes. Wir müssen sparen, fordert Ion Karagounis

Der Entscheid von Bundesrat und Parlament, die bestehenden Kernkraftwerke nicht mehr zu ersetzen, hat Schwung in die Schweizer Energiepolitik gebracht. Fast 40 Prozent der schweizerischen Stromproduktion sind zu ersetzen. Bund, Kantone, Wirtschaft und Verbände erarbeiten zurzeit die Energiestrategie 2050. Sie wird Politik und Öffentlichkeit im Laufe des Jahres stark beschäftigen.

Mit dem Entscheid zum Ausstieg sind die erneuerbaren Energien in den Fokus gerückt, und es wird um Potenziale und Prozenze gerungen: Kann die Wasserkraftnutzung um zwei oder gar vier Prozent gesteigert werden? Wie viel sind bei Windenergie und Photovoltaik möglich? Damit ist auch der Druck auf die klassischen Schutzgüter gestiegen. Den Klimawandel abwenden, aus der Atomenergie austreten und gleichzeitig Gewässer und Landschaften schützen – alles zusammen geht nicht. Und Umweltschützer müssen sich kompromissbereiter zeigen, das ist die landläufige Forderung.

Obwohl es erfreulich ist, dass die erneuerbaren Energien einen grösseren Stellenwert erhalten, lohnt es sich, einige grundsätzliche Überlegungen anzustellen. Was bestimmt, dass eine Energiequelle und die damit verbundenen Produktionsschritte ökologisch gut abschneiden? Beim Klimawandel ist die Antwort einfach: Der Ausstoss an Kohlendioxid und parallel dazu der Verbrauch an fossilen Energien muss reduziert werden. So sieht das neue CO₂-Gesetz eine Reduktion von 20 Prozent bis ins Jahr 2020 vor.

Schwieriger ist es, beim Gewässer- und Landschaftsschutz messbare ökologische Ziele zu formulieren. Die verschiedenen Gesetze machen zwar viele Vorgaben, die sich jedoch nur teilweise quantifizieren lassen. Trotzdem gibt es eine einfache Richtschnur: Meist ist es besser, die Energiegewinnung räumlich zu konzentrieren. An einigen Orten wird viel Strom produziert, an anderen dagegen wird ganz darauf verzichtet. Das entspricht dem Prinzip der schweizerischen Raum-

planung. Die Konzentration ist zudem ökonomisch interessanter, weil die Erschliessungskosten geringer ausfallen.

Was heisst das konkret? Bei der Wasserkraft liegt die Priorität bei der technischen Erneuerung und beim Ausbau bestehender Anlagen. Sind neue Anlagen notwendig, sollten diese strenge ökologische Auflagen erfüllen, wie sie beispielsweise das Label «Naturmade Star» fordert. Schlecht sieht es für die vielen geplanten Kleinwasserkraftwerke aus. Sie sind nur dort sinnvoll, wo ein Gewässer bereits beinträchtigt ist oder wo eine Doppelnutzung möglich ist, wie bei Trinkwasser-Kraftwerken.

Bei der Windenergie geht die Lösung in eine ähnliche Richtung: Auf jeden Hügel eine Windturbine zu stellen, bringt wenig, zerstört aber die Landschaft. Die Anlagen sollten deshalb in Windparks konzentriert werden. – Bei der Photovoltaik sind dezentrale Lösungen hingegen sinnvoll, da solche Anlagen meist auf Gebäuden erstellt werden und ein Stromverteilungsnetz vorhanden ist. Ganz kleine Anlagen auf Einfamilienhäusern sind allerdings weniger effizient als grössere auf Büro- oder Industriebauten.

Um die Energiegewinnung zu konzentrieren, braucht es umfassende

Planungen. Nicht jeder kann machen, was er will, sondern der Bund und die Kantone geben vor. Planungen verlangen Kompromisse von beiden Seiten: Der Umweltschutz muss akzeptieren, dass an einzelnen Orten die Belastung über das heute gesetzlich vorgesehene Mass hinausgehen kann. Andererseits ist der Eingriff in Landschaften von besonders hohem Wert tabu. Wieder über die Greina-Hochebene zu diskutieren, liegt nicht drin.

Aus wirtschaftsliberaler Sicht haben Planungen einen bitteren Beigeschmack: Gemeinden, Energieversorgungsunternehmen oder private Stromproduzenten werden in manchen Fällen in ihrer wirtschaftlichen Entfaltung gehindert. Doch die Vorteile überwiegen: Mit einer guten Planung, an der alle Akteure beteiligt sind, steigen Rechtssicherheit und Akzeptanz für neue Vorhaben. Das ist alleweil besser als ein jahrelanges Hickhack um jede einzelne Anlage.

Bei der Diskussion um die Vor- und Nachteile verschiedener Energiequellen geht oft das Wichtigste vergessen: Am umweltfreundlichsten ist Energie, die wir gar nicht brauchen. Statt um Prozenze bei den erneuerbaren Energien zu diskutieren, sollten wir uns um das Energiesparen kümmern. Die Potenziale sind riesig. Allein durch die verbesserte Isolation von Gebäuden können wir gut zwanzigmal mehr Energie einsparen, als wir durch den Ausbau der Wasserkraft an zusätzlicher Energie gewinnen werden.

Doch Sparen liegt den Menschen bekanntlich nicht. Das Wort ist aus dem Vokabular verschwunden, lieber spricht man heute von «Energie effizient nutzen», obwohl es nicht dasselbe ist. Wir sollten uns nicht vormachen: Die Chance ist klein, dass uns in 50 Jahren so viel Energie wie heute zur Verfügung steht. Neun Milliarden Menschen und die Schwellenländer verlangen ein Vielfaches an Energie. Statt dem 3-Liter-Auto werden wir das 0,3-Liter-Auto benötigen. Wir kennen es zum Glück schon: Es hat zwei Räder und eine Lenkstange.

Ion Karagounis



Ion Karagounis, 47, ist Geschäftsleiter der Stiftung Praktischer Umweltschutz Schweiz (Pusch). Die Stiftung unterstützt mit Öffentlichkeitsarbeit und Bildungsangeboten die öffentliche Hand, Wirtschaft und Schulen in Fragen des Umweltschutzes. Karagounis hat an der ETH in Naturwissenschaften promoviert.